

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich 5 - Jugend und Soziales	Datum 15.10.2003
	Schriftführerin Telefon-Nr. Sabine Biesenbach 02202/142847 e-mail: s.biesenbach@stadt-gl.de
Niederschrift	
Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- u. Sozialausschuss)	Sitzung am Dienstag, 14. Oktober 2003
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer 17:00 Uhr - 19:04 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift vom 01.07.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 01.07.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-
470/2003**
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-
463/2003**
- 6. Grundsätze und Leitlinien zur Förderung von Mädchen in Bergisch Gladbach
172/2003**

7. **Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder**
354/2003
8. **Vereinbarung über die Bildungsarbeit in den Kindertagesstätten von Nordrhein-Westfalen (Bildungsvereinbarung)**
456/2003
9. **Sicherung des Betriebs der Kindertagesstätten der Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach**
460/2003
10. **Stand der Beratungen mit den freien Trägern der Jugendhilfe über den Beitrag des Aufgabenbereichs "Tagesbetreuung für Kinder" zum Haushaltssicherungskonzept**
461/2003
11. **Trägerwechsel der Kleinen Offenen Tür Gronau und des Abenteuerspielplatz Gronau zum Verein Kath. Jugendwerke RheinBerg e.V.**
474/2003
12. **Sachstandsbericht Offene Kinder- und Jugendarbeit**
475/2003
13. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

B Nichtöffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**
3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 01.07.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
471/2003
3. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
5. **Verbraucherzentrale NRW Beratungsstelle Bergisch Gladbach – Jahresbericht 2002**
314/2003
6. **Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates**
472/2003
7. **Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**
- Jahresbericht 2002
- Wohnungsbauprogramm 2003
383/2003
8. **Aktuelle Entwicklungen in der "Hilfe zur Arbeit"**
469/2003
9. **Weiterführung der Erprobungs- und Trainingsmaßnahme nach § 72 BSHG - "RadWerk"**
468/2003
10. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

B Nichtöffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

Die Verwaltung legt auf den Plätzen der Ausschussmitglieder aus:

- die Einladung des *Arbeitskreises Jugendberufshilfe* zur Info-Börse am 10.11.2003 in der Aula des Berufskollegs Bergisch Gladbach
- die von Frau Ibe überreichte Einladung zur Veranstaltung des Kinderschutzbundes Rheinisch-Bergischer Kreis e.V. *Starke Kinder haben starke Eltern, Grenzen setzen - aber wie* verbunden mit der Einladung zur Eröffnung der Plakatausstellung *Kinder sind der Rhythmus dieser Welt*, die am 17.11.2003 im Kreishaus stattfinden
- die von Herrn Braun-Paffhausen überreichten Postkarten des *Café Leichtsinn*

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

@->

Frau Bendig eröffnet die 23. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 17:04 Uhr. Sie begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass sich die fehlenden Ausschussmitglieder entschuldigt haben. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2 <-@ Genehmigung der Niederschrift vom 01.07.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil

@->

Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 01.07.2003 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

3 <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 01.07.2003 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

@->

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

4 <-@ Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

@->

Frau Bendig bedankt sich für die verteilten Einladungen und ermuntert die Ausschussmitglieder an den Veranstaltungen teilzunehmen. Sie berichtet von der Eröffnung des Jugendpastoralen Zentrums, die kürzlich stattgefunden hat. Hier ist auch das *Café Leichtsinn* untergebracht.

Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Herr Kotulla nimmt zu den Kabinettsbeschlüssen des Landes vom 23.09.2003 Stellung und stellt die negativen Auswirkungen auf die Bereiche Jugend und Soziales dar. Die Planungen befinden sich noch im Stadium von Referentenentwürfen.

Im Beratungsbereich sollen Zuschüsse in 2004 und 2005 in zwei Schritten jeweils um 20 % bei den Personalkosten und um 30 % bei den Sachkosten gekürzt werden. Dies bezieht sich auf die Erziehungsberatung, Ehe- und Familienberatung, Suchtberatung, Verbraucherberatung und Jugendberatung. Hiervon ausgenommen werden soll die Schwangerenkonfliktberatung und Teilbereiche der Frauenberatung. Er konkretisiert, dass der Jugendberatung der AWO damit im Jahre 2004 rd. 15.000 € und im Jahre 2005 rd. 29.000 € an Landeszuschüssen verloren gehen. Bei der Erziehungsberatung ist von einer Kürzung um rd. 20.000 € auszugehen.

Die Ansätze des Landesjugendplans sollen halbiert werden. Dies wirkt sich sowohl bei der Jugendsozialarbeit (Kürzung in 2004 um 22.000 € und 2005 um 44.000 €) als auch der Kinder- und Jugendberatung (Kürzung um 70.000 € bis 2005) aus.

Es wurde weiterhin angekündigt, dass sich das Land zum 01.01.2004 wegen der zu erwarteten Änderungen aufgrund des sog. Hartz-Konzepts aus Aktivitäten der Arbeitsmarktpolitik zurückziehen will.

Die Auflösung der Regionalsekretariate ist geplant.

Im Bereich der Kindertagesbetreuung sind Kürzungen bei den Sachkostenzuschüssen beabsichtigt, indem die Grundpauschalen gekürzt werden. (Kürzung in 2004 über 50 Mio. € und 2005 über 75 Mio. €).

Herr Kotulla betont, dass die Umsetzung dieser Planungen in Bergisch Gladbach erhebliche Auswirkungen auf den Kinder- und Jugendbereich haben wird. Die Stadt hat in allen Bereichen freie Träger als Kooperationspartner, denen erhebliche Mittel in ihren Haushalten fehlen werden. Deren ausfallende Landeszuschüsse wird die Stadt aus eigenen Haushaltsmitteln nicht ersetzen können.

Frau Mrziglod nimmt ab 17:08 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Hoffstadt fragt nach, wann hierzu voraussichtlich mit Beschlüssen zu rechnen ist. Er regt an, bereits im Vorfeld gemeinsam zu überlegen, welche Prioritäten in Bergisch Gladbach gesetzt werden sollen.

Herr Kotulla antwortet, dass mit der Verabschiedung des Landeshaushalts (Doppelhaushalt für die Jahre 2004 und 2005) Ende Januar 2004 zu rechnen ist.

Herr Hastrich berichtet, dass die Jugendamtsleiter im Rheinisch-Bergischen Kreis verabredet haben, nach Einbringung des Landeshaushalts (ca. Mitte November 2003) gemeinsam die Auswirkungen auf das Jugend- und Sozialsystem im Kreisgebiet zu untersuchen und Vorschläge für die jeweils zu beteiligenden Ausschüsse entwickeln zu wollen.

Zu Punkt 2 der Mitteilungsvorlage fragt Herr Schnöring nach, ob bezüglich der Änderung des Vertrages mit den Erziehungsberatungsstellen nicht ein formeller Beschluss des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) erforderlich ist.

Herr Hastrich erläutert, dass die Vertragsänderungen zwischen den Vertragspartnern einvernehmlich erfolgen und aus seiner Sicht kein Gremiumsbeschluss erforderlich ist.

Herr Pfarrer Kern nimmt ab 17:13 Uhr an der Sitzung teil.

Die Frage von Herrn Schnöring zu Punkt 6, ob die erste Gesprächsrunde zwischen Jugendlichen und Politikern in Jugendeinrichtungen (Jugend trifft Politik), die im Café Leichtsinns stattfinden soll, bereits terminiert ist, verneint Herr Hastrich.

Frau Wöber-Servaes erkundigt sich, ob es sich bei der Erziehungsberatung um eine Pflichtaufgabe handelt.

Herr Hastrich führt aus, dass es einen gesetzlich verbrieften Anspruch auf Hilfe zur Erziehung gibt, jedoch nicht auf Erziehungsberatung. Welche und in welchem Umfang Leistungen für die einzelnen Hilfeformen im Rahmen der Hilfe zur Erziehung vorgehalten werden, müssen Kommunen am Bedarf orientiert klären.

Herr Hölzl nimmt ab 17:15 Uhr an der Sitzung teil.

Frau Wöber-Servaes regt an, rechtzeitig mit den Trägern Kontakt aufzunehmen, um gemeinsam über deren Zukunft beraten zu können und um Informationsdefizite zu vermeiden, sobald sich die von Herrn Kotulla berichteten Kürzungen konkretisieren sollten.

Herr Hastrich antwortet, dass sich darauf die dargestellte Übereinkunft der Jugendamtsleiter im Rheinisch-Bergischen Kreis richtet.

Herr Kotulla ergänzt, dass bei diesen drastischen Kürzungen der Abbau von Standards unausweichlich sein wird. Dies muss mit den Trägern besprochen werden, um gemeinsam Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Frau Schöttler-Fuchs dankt für die Ausführungen zu Punkt 1 der Mitteilungsvorlage (Aufbau einer Feldbackstube als Lehrbackstube). Zu Punkt 3 (Kleinkinderspielfläche in Lückerath) bittet sie den Sachstand darzustellen.

Herr Kotulla antwortet, dass Investitionen in neue Spielplätze gestoppt werden mussten. Es ist zu überlegen, welchen Ausbauzustand die Spielfläche für Kinder erhalten kann.

6

<-@

Grundsätze und Leitlinien zur Förderung von Mädchen in Bergisch Gladbach

@->

Frau **Jutta Zanders**, Fachberaterin Mädchenförderung beim Jugendamt Bergisch Gladbach, fasst die *Grundsätze und Leitlinien zur Förderung von Mädchen in Bergisch Gladbach* zusammen. Sie berichtet vom Procedere des vorgesehenen Zertifizierungsverfahrens. Die Grundsätze und Leitlinien waren der Einladung zur Sitzung in ausführlicher Form beigelegt.

Frau Bendig dankt Frau Zanders für ihre Ausführungen.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion. Sie regt an, die *Projektgruppe Mädchenförderung* möge mit dem Berufskolleg Kontakt aufnehmen, um die Leitlinien im Rahmen der Erzieherinnen-Ausbildung vorzustellen und damit das Thema für die spätere Berufstätigkeit in den Blickpunkt zu rücken.

Frau Wöber-Servaes bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion für die investierte Arbeit. Sie bittet den Arbeitsaufwand im Zusammenhang mit dem Zertifizierungsverfahren darzustellen, um sich des personellen Aufwandes der Verwaltung des Jugendamtes bei der anstehenden Beschlussfassung bewusst zu sein.

Frau Zanders antwortet, dass nicht die Verwaltung des Jugendamtes allein, sondern die Projektgruppe als Team die Arbeiten erledigen werden. Ein ausgeklügeltes System zur Sichtung der eingehenden Bewerbungsbögen ist bereits erstellt und ermöglicht deren Auswertung mit vertretbarem zeitlichen Aufwand.

Als Pendant zur Mädchenförderung wurde das Thema Jungenförderung kurz gestreift. Die Arbeit des *Forums Jungenarbeit*, einem Netzwerk von 70 Institutionen, wurde genannt und festgestellt, dass es ein besonderes Anliegen ist, Männer für die Arbeit in Kinderbetreuungseinrichtungen zu gewinnen.

Nachdem festgestellt wurde, dass der Rücklauf von Bewerbungsbögen im Rahmen des Zertifizierungsverfahrens nur schwer einzuschätzen ist, kann nicht vorhergesagt werden, ob jährlich ein Zertifizierungsverfahren in Betracht kommen wird. Vor diesem Hintergrund stellt Frau Lehnert den Antrag, darauf zu verzichten die jährliche Berichterstattung festzuschreiben und deshalb in der Ziffer 2 des Beschlussvorschlags das Wort „jährlich“ zu streichen.

Es besteht Einvernehmen, über den geänderten Beschlussvorschlag abzustimmen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss: ~~←~~ @

@ →

1. **Die Grundsätze und Leitlinien zur Förderung von Mädchen in Bergisch Gladbach werden in der vorliegenden Fassung verabschiedet.**
2. **Die Verwaltung des Jugendamtes unterrichtet den Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann und den Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) als das für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zuständige Gremium über den Stand der Umsetzung der Leitlinien.**
3. **Die Grundsätze und Leitlinien sind entsprechend den Entwicklungen in der Praxis fortzuschreiben.**
4. **Die in der Kinder- und Jugendhilfe existierenden Konzepte, Angebote und Richtlinien sind auf die angemessene Berücksichtigung der Bedürfnisse und Bedarfe von Mädchen zu überprüfen.**

5. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Zertifizierungsverfahren zu erstellen.

7

<-@

Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder

@->

Frau Bendig teilt mit, dass Einvernehmen besteht, die Mitteilungsvorlage in dieser Sitzung lediglich zur Kenntnis zu nehmen, um bis zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 02.12.2003 weitere Beratungsmöglichkeiten in den Fraktionen zu eröffnen.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 02.12.2003 eine Beschlussvorlage vorgelegt werden soll, damit im kommenden Jahr die ersten Bergisch Gladbacher Grundschulen Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder anbieten können.

Herr Hoffstadt mahnt, dass bis zum Jahr 2007 die Hortförderung auslaufen wird und für ersetzende Angebote bis dahin Investitionsmaßnahmen zu erbringen sind. Die Mitteilungsvorlage der Verwaltung lobt er als informativ und umfangreich.

Frau Mundorf bezieht sich auf die dargestellten Stundentafeln und bittet darum, anstatt des Begriffs „Fußball-AG“ künftig den Begriff „Sport-AG“ zu verwenden, um damit zu dokumentieren, dass nicht allein Fußballvereine, sondern auch bereits Sportvereine ohne Fußballabteilung Interesse an Kooperationen mit Grundschulen gezeigt haben.

8

<-@

Vereinbarung über die Bildungsarbeit in den Kindertagesstätten von Nordrhein-Westfalen (Bildungsvereinbarung)

@->

Frau Schöttler-Fuchs merkt an, dass die Vorlage deutlich zeigt, wie in Kindertageseinrichtungen gearbeitet wird und was sich in den letzten Jahren bewegt hat.

Im Hinblick auf die anhaltende Spardiskussion fragt Frau Lehnert nach, ob die Kontrolle dessen, was nach dieser Vereinbarung an Bildungsarbeit in den Tageseinrichtungen zu erbringen ist, personell überhaupt leistbar ist.

Frau Münzer berichtet, dass es für die Erfüllung des Bildungsauftrags in den Einrichtungen entscheidend ist, die Entwicklung der Kinder sorgfältig zu dokumentieren. Dennoch handelt es sich für die Erzieherinnen und Erzieher um eine aufwändige Mehrarbeit. Es sei bedenklich, falls diese Mehrarbeit zu Lasten der Betreuungsarbeit an den Kindern ginge.

Herr Hastrich führt aus, dass die Bildungsvereinbarung die Generalklausel des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) hinsichtlich der Bildungsarbeit in Tageseinrichtungen für Kinder konkretisiert und sich als trägerübergreifende Vereinbarung mit der Obersten Landesjugendbehörde versteht. Für deren Umsetzung sind die Einrichtungen vor Ort und die für die Personal- und Sachausstattung zuständigen Träger gemeinsam verantwortlich. Klarheit besteht darüber, dass das Land den Personalschlüssel zur Umsetzung der Bildungsvereinbarung nicht erhöhen wird. Mithin obliegt es dem Träger, seine vorhandenen Ressourcen so einzusetzen, dass dem Bil-

dungsauftrag in seinen Einrichtungen Rechnung getragen wird.

9

<-@

Sicherung des Betriebs der Kindertagesstätten der Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach

@->

Herr Hastrich dankt der Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach, dass in schwierigen Verhandlungen und einer Phase, in der auf Seiten des Trägers wie auch der Stadt finanzielle Spielräume nicht zur Verfügung stehen, dennoch die Bereitschaft besteht, den Betrieb der Einrichtungen sicher zu stellen. Er betont, dass die Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach zur Sicherung des Betriebs ihrer Kindertagesstätten in Bergisch Gladbach von den Positionen des eigenen Spitzenverbandes abweicht. Den gefundenen Kompromiss bezeichnet Herr Hastrich auch unter fachlichen Gesichtspunkten als akzeptabel. Für die Diskussion im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts ist zu überlegen, ob in diesem Sinne auch mit anderen Trägern fachlich akzeptable Lösungen gefunden werden können.

Bezüglich des Zustimmungsvorbehalts in Punkt 4 des Beschlussvorschlags teilt Herr Hastrich mit, dass die Kommunalaufsicht der beabsichtigten Maßnahme zugestimmt hat. Damit ist die Vereinbarung im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts zulässig. Mithin kann Punkt 4 des Beschlussvorschlags bei der Beschlussfassung entfallen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgende

Beschlussempfehlung: <-@

@->

1. Unter Würdigung des großen Engagements der Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach im Bereich der Kindertagesstätten, unter Berücksichtigung der außergewöhnlichen finanziellen Notlage durch die Umverteilung der Kirchensteuermittel im Evgl. Stadtkirchenverband Köln, zur Sicherung einer Angebotsvielfalt und zur Vermeidung der Übernahme der Trägerschaft durch die Stadt ist die Stadt Bergisch Gladbach bereit, die Kindertagesstätten der Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach höher zu bezuschussen.
2. Die Stadt Bergisch Gladbach erhöht die prozentuale städtische Förderung der Kindertagesstätten der Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach schrittweise bis 2007 unter der Voraussetzung, dass die unter 3.1 bis 3.3 genannten Maßnahmen zum nächstmöglichen Zeitpunkt umgesetzt werden.
3. Unter der Maßgabe, dass die Vorgaben des HSK eingehalten werden, werden die Kindertagesstätten in Hebborn und Gronau (incl. der Personalkosten für die Berufspraktikanten) zu 90 % bezuschusst und die Kindertagesstätten in Hand, Stadtmitte und Heidkamp ab 01.08.2004 zu 81 %, ab 01.01.2005 zu 84 %, ab 01.01.2006 zu 87 % und ab 01.01.2007 zu 90 % bezuschusst.

10

<-@

Stand der Beratungen mit den freien Trägern der Jugendhilfe über den Beitrag des Aufgabenbereichs "Tagesbetreuung für Kinder" zum Haushaltssicherungskonzept

@->

Herr Hastrich weist darauf hin, dass zusätzlich zu den Sparzwängen im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts weitere Belastungen auf Grund der Absicht des Landes, die Finanzierung im Bereich des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder in das Gemeindefinanzierungsgesetz zu übernehmen, drohen. Das bedeutet, dass das Land die Einzelveranschlagung in diesem Bereich zugunsten der Einführung von Pauschalen – ähnlich der Schulpauschale - aufgeben will. Die Haushaltssituation des Landes und das überdurchschnittlich gute Angebot in Bergisch Gladbach lassen erwarten, dass aufgrund der geringer werdenden finanziellen Spielräume auch des Landes künftig weniger Geld bei den Kommunen - insbesondere in Bergisch Gladbach - ankommen wird. Aus diesem Grund werden die freien Träger und die Verwaltung bestrebt sein, das in der Mitteilungsvorlage dargestellte Maßnahmenpektrum zu verabschieden. Ein nächstes Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der freien Wohlfahrtsverbände ist für den 04.11.2003 anberaumt. In dieses Gespräch soll das Votum des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) einfließen, bevor konkret über die Umsetzung in den einzelnen Einrichtungen verhandelt wird und eine Beschlussvorlage bezüglich der Änderungen der städtischen Richtlinien für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 02.12.2003 erarbeitet wird.

Auf entsprechende Nachfrage von Frau Lehnert teilt Herr Hastrich mit, dass in Bergisch Gladbach im Zusammenspiel mit der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern rd. 300 Kinderbetreuungsplätze neu entstehen würden.

Frau Mundorf korrigiert, dass die Beratung dieses Themas in der AG 78 nicht, wie in der Anlage zur Mitteilungsvorlage genannt, am 10.11.2003 sondern am 17.11.2003 stattfinden wird.

Frau Schöttler-Fuchs merkt an, dass sie die Maßnahme „Umwandlung von zehn Kleinen Altersgemischten Gruppen in Kindergartengruppen mit bis zu drei Krippenplätzen“ nicht optimal findet.

Herr Hastrich nimmt zur Frage der Betreuung von unter 3-jährigen Kindern grundsätzlich Stellung. Die Koalition auf Bundesebene strebt laut ihrer Koalitionsvereinbarung eine Versorgungsquote der unter 3-Jährigen von 20 % bis zum Jahr 2007 an. Die Bemühungen der kommunalen Spitzenverbände gehen dahin zu verhindern, dass dies Gesetzeskraft erlangt. Dies ist von den Kommunen unter Anlegung des erwünschten Qualitätsstandards unter finanziellen Gesichtspunkten nicht zu leisten. Herr Hastrich berichtet, dass er kürzlich an einem diesbezüglichen Gespräch in Berlin teilgenommen hat.

Frau Wöber-Servaes fragt nach, ob ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter 3-Jährige existiert.

Herr Hastrich führt aus, dass in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen ist, die Kommunen zu verpflichten, eine 20 %ige Versorgungsquote für unter 3-Jährige sicher zu stellen. Um dieses Ziel zu erreichen werden zwei Wege diskutiert. Von der Koalition wird der Weg favorisiert, den Begriff dessen, was bedarfsgerecht ist, im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) zu konkretisieren. Dies führte für verschiedene Bevölkerungsgruppen, für die der Anspruch festgelegt wird (z.B. Arbeit suchende Alleinerziehende, Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind), zu einem einklagba-

ren Rechtsanspruch. Die kommunalen Spitzenverbände sprechen sich dafür aus, das Ziel im Wege des Abschlusses von Zielvereinbarungen mit den zuständigen Ministerien zu erreichen und hierbei sofort die Finanzierungsfrage zu klären.

Herr Hoffstadt hält es für unabdingbar, die Qualität der Betreuung im Elementarbereich trotz aller Sparerfordernisse zu sichern.

Frau Schöttler-Fuchs verweist auf eigene positive Erfahrungen mit dem offenen Konzept, mit dem eine qualitativ gute Arbeit zu leisten ist und das gleichzeitig die Betreuung vieler Kinder in unterschiedlichen Altersgruppen ermöglicht. Sie bittet diese Anregung in die Beratungen mit den Trägern aufzunehmen. Es möge ermittelt werden, welche Träger bereit sind, ihre Betreuung auf das offene Konzept umzustellen und ihnen für den Fall der beabsichtigten Umstellung Hilfestellung anzubieten.

Frau Münzer meint, dass die Vielfalt in der Betreuung durch die Kindertageseinrichtungen erhalten werden sollte. Wenn auch das offene Konzept Vorteile bringt, muss es möglich bleiben, dass Kindertagesstätten auch weiterhin nach dem herkömmlichen Konzept arbeiten können.

Mehrere Wortmeldungen zielen darauf, dass es in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 02.12.2003 dazu kommen wird, bei der Verteilung knapper werdender Haushaltsmittel im Sozial-, Kinder- und Jugendbereich Prioritäten setzen zu müssen.

Herr Hastrich bestätigt, dass die Fachberatungen seit längerer Zeit den Einrichtungen die Vorteile der Arbeit nach dem offenen Konzept aufzeigen. Dennoch sind die Träger bei ihrer konzeptionellen Ausrichtung autonom. Die Auseinandersetzung über den Personalschlüssel ist durch Betrachtung der Betreuungssituation in den Bergisch Gladbacher Einrichtungen entstanden. Der Personalschlüssel nimmt derzeit keine Rücksicht darauf, dass zu unterschiedlichen Tageszeiten unterschiedlich viele Kinder in den Einrichtungen betreut werden. Daher ist der Lösungsansatz entstanden, 2,5 Stellen je Kleiner Altersgemischter Gruppe vorzusehen, die je nach Anwesenheit insbesondere der kleinen Kinder eingesetzt werden können. Alternativ dazu kann überlegt werden, die Anzahl der kleinen Kinder in der Gruppe zu verringern, um mit dem genannten Personalschlüssel arbeiten zu können. Dabei soll eine bisher 25 Kinder umfassende Kindergartengruppe dann aus 17 über 3-Jährigen und 3 unter 3-Jährigen bestehen.

11 **Trägerwechsel der Kleinen Offenen Tür Gronau und des Abenteuerspielplatz Gronau zum Verein Kath. Jugendwerke RheinBerg e.V.**

@->

Herr Hastrich dankt dem bisherigen Träger, dem Trägerverein *Kinder- und Jugendarbeit St. Marien Gronau e.V.*, für die über viele Jahre hinweg engagiert geleistete Arbeit. Durch das Bemühen um eine geglückte Anschlussregelung zum 01.01.2004 besteht die berechtigte Hoffnung, dass die Arbeit mit dem neuen Träger, *Kath. Jugendwerke RheinBerg e.V.*, fortgeführt wird.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) schließen sich diesen Ausführungen an und wünschen dem neuen Träger einen guten Start.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss: <-@

@->

Dem Antrag der Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V. und des Trägervereins Kinder- und Jugendarbeit St. Marien Gronau e.V. auf Zustimmung zur Übernahme der beiden Einrichtungen KOT Gronau und Abenteuerspielplatzes Gronau durch die Katholischen Jugendwerke Rhein-Berg e.V. zum 01.01.2004 wird zugestimmt.

<-@

12 Sachstandsbericht Offene Kinder- und Jugendarbeit

@->

Herr Hastrich führt auf der Grundlage der Mitteilungsvorlage aus, dass die Zielvereinbarung im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit noch einmal überarbeitet werden muss. Sowohl die von Herr Kotulla eingangs der Sitzung dargestellten Auswirkungen des Landeshaushalts als auch die Auswirkungen des Haushaltssicherungskonzepts der Stadt machen dies erforderlich. Ein Gespräch mit den freien Trägern hat kürzlich hierzu stattgefunden. Den Trägern wurde die in der Mitteilungsvorlage beschriebene Problematik vorgetragen.

Am 04.11.2003 wird es erneut eine Trägerkonferenz geben, in der neue Vorschläge der Verwaltung unterbreitet werden sollen. Es wird notwendig werden, Prioritäten vorzuschlagen. Sich seitens der Stadt von Einrichtungen und damit von Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit trennen zu müssen, kann im Unterschied zum Vorjahr nicht mehr ausgeschlossen werden. Eine zweite Beratungsrunde mit den freien Trägern ist für Mitte November 2003 vorgesehen. Zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 02.12.2003 soll aus den gewonnenen Erkenntnissen eine umfassende Vorlage erarbeitet werden, die auch die Zielsetzung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Bergisch Gladbach beinhalten wird.

<-@

13 Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

@->

Anfragen werden nicht gestellt.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 18:27 Uhr.

<-@